

TAPPEN IM DUNKELN

DONALD TRUMP Der erste Schock hat sich gelegt.
Doch die Unsicherheit bleibt: Wie schlimm
wird die Ära Trump für die Weltwirtschaft und
die Schweiz wirklich?

von MARC KOWALSKY, HOLGER ALICH, MAREN MEYER und LEO MÜLLER

STRESSTEST FÜR LADY LIBERTY

Die Fackelträgerin für
Freiheit und Offenheit blickt
in eine düstere Zukunft.





NOTOWN

Aus Motown ist eine Geisterstadt geworden: Der Verfall der einstigen Automobilhochburg Detroit steht für den Niedergang der US-Industrie. Trump will sie neu beleben.

Um Mitternacht ging Daniel Borel in seinem Haus in Apples VD ins Bett. Für ihn, den Waadtländer mit zweiter Heimat USA, war an jenem Abend des 8. November alles klar: Am nächsten Tag würde Hillary Clinton als Präsidentin verkündigt werden, am Weltenlauf würde sich nicht viel ändern. Als ihn am Morgen das Radio weckte, traute Borel seinen Ohren nicht. «Ich war völlig überrascht», sagt er. «Die Demokratie hat für einen Diktator gestimmt!» Seiher fragt sich der 68-Jährige: Was wird der neue Präsident für seine Kinder bedeuten, die in den USA leben und dort unternehmerisch aktiv sind? Was für seine Firma Logitech, die seit 35 Jahren im Silicon Valley angesiedelt ist, wo die überwältigende Mehrheit gegen Trump gestimmt hat? «Ich habe keine Ahnung», sagt Borel. «Ich weiss nur eines: Wir werden es schaffen. Trotz Trump.»

Zwei Wochen nach dem Wahlschock dominiert vor allem ein Thema: die Unsicherheit. Wie sieht die neue Regierung aus? Was hat sie vor? Welche Folgen hat

das für die Schweiz? Zwar ist ein Regierungswechsel immer mit einem gewissen Grad an Ungewissheit verbunden, besonders in Washington. Doch beim Einzelkämpfer Trump, der sich als Nichtpolitiker definiert und der seinen Wahlsieg



Zentrale Versprechen seiner Wahlkampagne hat Donald Trump bereits wieder relativiert.

ohne die Hilfe seiner Partei errang, ist der Fall besonders. «Wir wissen nicht, was auf uns zukommt», sagt selbst der deutsche Aussenminister Frank-Walter Steinmeier. «Ich habe mehrfach mit Henry Kissinger in New York über den zu erwartenden aussenpolitischen Inhalt und das Personal von Donald Trump gesprochen», so Steinmeier. Doch auch der weise alte Mann und ehemalige republikanische Aussenminister, zu dem noch jeder amerikanische Politiker in der Hoffnung auf guten Rat gepilgert ist, wusste keine Antwort. «Und mit ihm tappt die ganze aussenpolitische Community in Washington im Dunkeln.» Aus Trumps Wahlkampfteam waren vorab auch keine Vertreter zu den europäischen Partner-Regierungen entsandt worden, wie dies früher üblich war. Ursula von der Leyen bringt es auf den Punkt: «Normalerweise hat ein Kandidat einen Pool von Experten, die man kennt», sagt die deutsche Verteidigungsministerin. «Das ist hier nicht der Fall. Man wird jetzt erst einmal versuchen herauszufinden: Wer ist unser Ansprechpartner?» Wenigstens eine Telefonnummer hat das Aussendepartement (EDA) von Didier Burkhalter: «Wir sind

BILLIGLOHN

In chinesischen Fabriken wie dieser von Foxconn werden auch viele US-Produkte hergestellt. Die von Trump geplanten Schutzzölle würden Macbook und Co. in den USA massiv verteuern.



seit Mai im Kontakt mit Walid Phares», heisst es dort. Phares, Experte für den Nahen Osten auf Fox News, ist einer von Trumps fünf Beratern und zählt zu einem engen Kreis illustrierter Vertrauter des künftigen US-Präsidenten (siehe «Die neuen Strippenzieher» auf Seite 34).

Inhaltlich ist der Nebel noch dichter: «Wir wissen weder aus der Vergangenheit noch aus der Kampagne, was Trumps

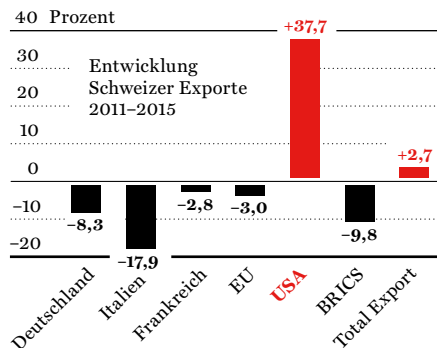
Wirtschaftsprogramm ist», sagt Martin Naville, CEO der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer AmCham. «Seine Vorhaben sind zum Teil sehr widersprüchlich und basieren in keiner Art und Weise auf der Realität.» Und zentrale Versprechen seiner Kampagne hat Trump bereits wieder relativiert: etwa das Einreiseverbot für Muslime in die USA; sein Versprechen, das Pariser Klimaabkom-

men zu kippen; die Abschaffung von Obamacare. Keiner kennt die Pläne Trumps, vielleicht nicht einmal er selbst.

Kein Wunder, werden mangels Visibilität vielerorts die Ampeln auf Rot gestellt. Der Spartenleiter eines grossen Schweizer Industriekonglomerates etwa hat schnell reagiert: Zwei Tage nach Trumps Wahl hat er die Tarifverhandlungen in Deutschland abgebrochen und aufs ►

Exportlokomotive USA

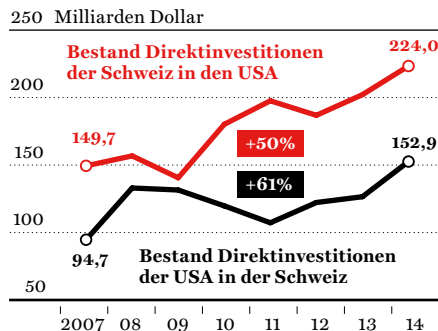
Während die Schweizer Exporte in die meisten Länder abnahmen, stieg der Export in die USA seit 2011 massiv.



Quelle: EZV

Investitionsboom

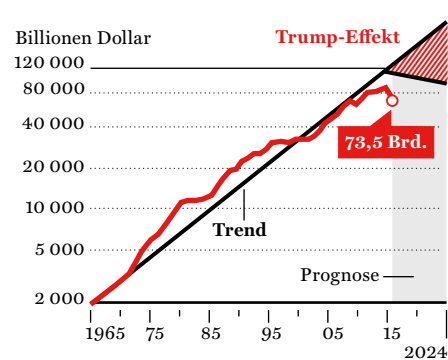
Die USA sind gemäss der Schweizerischen Nationalbank die wichtigste Destination für Schweizer Direktinvestitionen im Ausland.



Quelle: U.S. Department of Commerce

Grosse Unsicherheit

Das Volumen der Weltwirtschaft könnte während Trumps Amtszeit stark vom Wachstumstrend abweichen.



Quelle: Die Welt, Bloomberg



FESTUNG

Auf den Tag genau 27 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer wurde Trump gewählt. Er will die in Ansätzen bereits bestehenden Befestigungen an der Grenze zu Mexiko zu einem unüberwindlichen Schutzwall ausbauen.

► nächste Jahr verlegt. «Ich kann jetzt nicht die Personalkosten erhöhen, wenn Deutschland wegen Trump in eine Rezession geraten sollte», sagt er. Oder wie es Rudolf Minsch, Chefökonom vom Wirtschaftsverband Economiesuisse, ausdrückt: «Investitionsentscheidungen trifft man am liebsten dann, wenn man Sicherheit hat.»

Für Schweizer Exporteure sind die USA der weltweit zweitwichtigste Absatzmarkt nach Deutschland. 2015 wurden Waren im Wert von 27 Milliarden US-Dollar in die USA verschifft, Tendenz steigend. Das entspricht 13,5 Prozent am Gesamtexport. Nicht weniger als 45 Prozent des Warenhandelsüberschusses erzielt die Schweiz im Handel mit den Vereinigten Staaten. Umgekehrt exportierten amerikanische Firmen 2015 Waren im Wert von über 12 Milliarden US-Dollar in die Schweiz.

Auch als Geldgeber spielt die Alpennation eine wichtige Rolle: 24 Milliarden Dollar investierten Schweizer Konzerne 2014 in den USA, damit liegt das Land auf Platz sieben. Rund 500 Schweizer Firmen sind mit über 3500 Filialen in fast allen US-Staaten vertreten. Auch anders-

herum fließt viel Geld: 17 Milliarden Dollar investierten 2014 IBM, Google, Disney und Co. hierzulande.

Pharma und Grossbanken profitieren

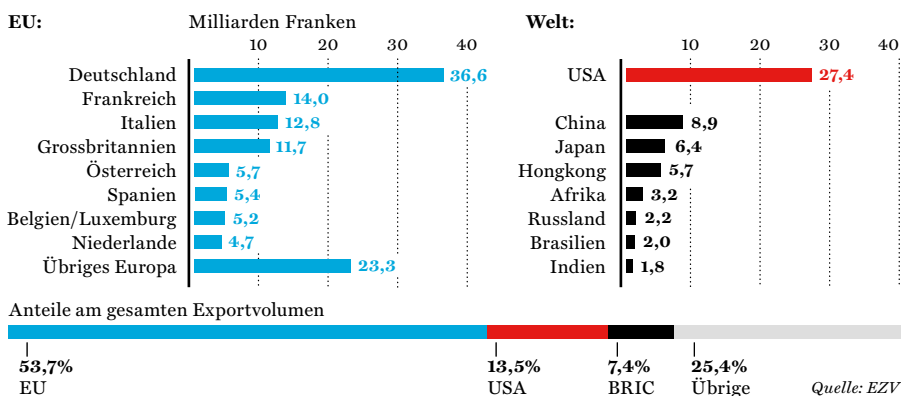
Zwei Schweizer Branchen sind von der Wahl Trumps direkt betroffen: Pharma und die Grossbanken. «Aus Schweizer Sicht dürften diese Sektoren, nach allem, was bisher absehbar ist, profitieren», sagt

Olaf Tölke, Chefanalyst der Ratingagentur Scope. Kein Wunder, haben Roche und Novartis, UBS und Credit Suisse an den Börsen nach der Wahl mächtig Staub aufgewirbelt.

Denn die USA sind für Roche und Novartis mit Abstand die wichtigsten Märkte. Rund 40 Prozent ihrer Erlöse erzielt die Schweizer Branche auf dem grössten Pharmamarkt der Welt. Und

USA vor China und Russland

2015 waren die USA nach Deutschland das zweitwichtigste Exportland der Schweiz.



GESUNDHEIT

Erst wollte Trump das Obamacare-Programm ganz abschaffen, jetzt will er «etwas Besseres». Die Folgen für die Schweizer Pharmakonzerne? Unklar.



bisher kann die Branche ihre Preise dort frei festsetzen, ihr steht kein globaler Verhandlungspartner gegenüber. Clinton wollte das ändern, Trump hat sich hier weniger klar geäußert. Daher macht sich in der Branche eine gewisse Erleichterung breit, dass unmittelbar keine Ein-

griffe in die Preissetzung drohen und neue, teure Medikamente weiter vergütet werden. «Man kann erwarten, dass Innovationen im Pharmasektor nun sicherer sind», sagt David Epstein, Ex-Pharmavorstand bei Novartis, der heute als Investor junge Biotech-Firmen för-

dert. Von seinem Wahlkampfversprechen, den «Affordable Care Act» – besser bekannt als Obamacare – wieder abzuschaffen, ist Trump inzwischen abgerückt. Bestimmte Elemente des Systems will er beibehalten – etwa dass kein Versicherer einen Kunden wegen Vor- ►

DAS GEHEIMNIS FITTER MITARBEITER.

Nah an der City, nah am See, perfekte Verkehrsanbindung, gut durchmischtes Quartier und viele Sport- und Freizeitmöglichkeiten: Ihre Mitarbeiter werden gerne in Greencity arbeiten. Ihre Controller übrigens auch – dank hervorragender Kosteneffizienz.

Ihr Kontakt philippe.mueller@kmp.ch, carmen.fehr@kmp.ch
3D-ENTDECKUNGSTOUR AUF: WWW.GREENCITY-OFFICES.CH
GREENCITY ZÜRICH SÜD OFFICES

ANZEIGE



Von Rezession bis Boom

Drei Szenarien, wie sich die Weltwirtschaft unter Trump entwickeln könnte – und welche Auswirkungen das für die Schweiz hat.

2. Das Moderate-Case-Szenario

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker ahnte es: «Ich denke, wir werden zwei verlorene Jahre haben, bis Herr Trump durch die Welt geist ist, die er nicht kennt», sagte er wenige Tage nach der Wahl. Tatsächlich kommt die neue Administration lange Zeit nicht in die Gänge: Dem Präsidenten, der nie ein öffentliches Amt innehatte, fehlt die Erfahrung im Regierungsgeschäft, ebenso vielen seiner Schlüsselleute. Ähnlich wie die rot-grüne Koalition 1998 in Deutschland verliert die Regierung viel Zeit, bevor sie Akzente setzen kann und ihr Kurs klar wird; es wird mehr über den Weg gestritten als gehandelt. In dieser Zeit der Unsicherheit fahren in- und ausländische Firmen ihre Investitionen in den USA zurück. Die Wirtschaft lahmt.

Die Republikaner tragen Richtungskämpfe aus, Fraktionsdisziplin gibt es nicht: Nur Trumps Anhänger sowie die Evangelikalen – aus ihren Reihen stammt Vizepräsident Mike Pence – unter-

stützen die Regierungsvorhaben. Die Libertarians und die Anhänger der Tea Party vertreten dagegen die Interessen ihrer jeweiligen Sponsoren und blockieren im Kongress die meisten Projekte zusammen mit den Demokraten – etwa die Unterwerfung der Notenbank. Auch die Realitäten limitieren den Handlungsspielraum. «Die Finanzmärkte werden Trump enge Schranken setzen», erwartet der renommierte Ökonom Nouriel Roubini. So behilft sich Trump mit Symbolpolitik: Er beginnt mit dem Bau der Mauer an der Grenze zu Mexiko, wohl wissend, dass diese nie fertig wird. Beim Thema Handel belässt es Trump bei Klagen innerhalb der WTO und einigen kosmetischen Massnahmen. Auf die Deportation illegaler Immigranten verzichtet er, weil sie zu teuer und zu unpopulär ist. Auf Druck seiner Geschäftsfreunde lässt er sogar weiterhin hoch qualifizierte Spezialisten ins Land.

Trump startet sein Investitionsprogramm gegen die marode Infrastruktur: 500 Milliarden

1. Das Worst-Case-Szenario

Nach der Wahl vom 8. November können die Republikaner auch die Mehrheit im Senat und im Repräsentantenhaus behalten. Viele Kongressabgeordnete haben sich im Wahlkampf von Trump distanziert, viele teilen auch weiterhin seine Meinungen und Ideen nicht. Der Präsident schüchtert sie ein, indem er droht, in den Wahlkreisen der Abweichler bei den nächsten Primaries ihm ergebene Gegenkandidaten zu finanzieren. Trump kann durchregieren. Nur die fehlende Zweidrittelmehrheit im Senat hindert ihn, auch noch die Verfassung zu ändern.

Auch international ist ihm kein Feind zu klein: In gewohnt ruppiger Art wirft er China vor, den Renminbi künstlich zu drücken, um Exportvorteile zu erlangen – immerhin lieferte China letztes Jahr Güter im Wert von 482 Milliarden Dollar in die USA. Der Streit eskaliert, schliesslich verfügt Trump einen Einfuhrzoll von 45 Prozent auf alle chinesischen Produkte. Das bringt US-Firmen, die in China produzieren, in die Bredouille: Plötzlich kostet das iPhone in den USA 45 Prozent mehr. Apple steht vor der Wahl, die Produktion in Shenzhen stillzulegen und für Milliardensummen ein eigenes Werk in den USA aufzubauen oder den Heimmarkt de facto aufzugeben. Ähnliches gilt für HP, Dell oder Cisco, für die amerikanische Bekleidungsbranche, für Teile der Maschinenindustrie etc. Auch Logitech ist betroffen:

«Die USA sind für uns der wichtigste Markt», sagt Firmengründer Daniel Borel: «Wenn Trump das macht, schiesst er sich selbst in den Fuss.» Zumal die Produktion in hohem Masse automatisiert ist, mit neuen Werken in den USA also relativ wenige Arbeitsplätze entstehen würden.

Peking reagiert seinerseits mit Einfuhrzöllen in gleicher Höhe auf US-Güter und annulliert die letztes Jahr aufgegebenen Bestellung der 300 Jets bei Boeing. Trump lässt sich davon nicht beirren: Er kündigt das Freihandelsabkommen Nafta für den nordamerikanischen Raum, um in Mexiko hergestellte Produkte ebenfalls mit Strafzöllen belegen zu können. Das betrifft direkt die Automobilhersteller, sowohl die amerikanischen (Ford, Chrysler, GM) als auch die europäischen. Auch Schweizer Zulieferer spüren die Folgen: Autoneum etwa will bald den dritten Standort in Mexiko in Betrieb nehmen.

TTIP, das angedachte Freihandelsabkommen mit Europa, ist tot, und auch von TPP, der Handelsvereinbarung mit asiatischen Staaten, will Trump nichts wissen. Um amerikanische Arbeitsplätze zu sichern und die US-Wirtschaft stärker gegen Konkurrenz aus dem Ausland zu schützen, trifft sein Bannstrahl Billiglohnländer wie Vietnam, Pakistan, Indien und Bangladesh. Deren Vergeltungsmassnahmen führen zu einem dramatischen Rückgang des Welthandels und zu einer globalen Wirtschaftskrise wie Anfang der

dreissiger Jahre. Das trifft nicht nur die Logistiker Panalpina oder Kühne + Nagel, sondern auch der Rest der Exportnation Schweiz spürt die Verwerfungen massiv: «Sollte es zu einem Handelskrieg kommen, ist gar eine schwerwiegende Rezession möglich», warnt Rudolf Minsch von Economiesuisse.

In der Energiepolitik setzt Trump auf Kohle und Kernenergie, erneuerbare Energien bleiben für ihn «wirklich nicht mehr als ein teurer Weg, damit sich Baumumarmen in ihrer Haut gut fühlen». Schweizer Unternehmen, die darauf setzen, spüren das mit voller Wucht – etwa der Berner Solarzulieferer Meyer Burger mit seinen zwei Standorten in den USA. ABB kann die Ausfälle mit neuen Aufträgen im traditionellen Öl- und Gasgeschäft kompensieren. Auch Sulzer profitiert von der Nachfrage der Petroindustrie.

Auch innenpolitisch macht Trump seine Ankündigungen wahr. Der Kongress billigt 20 Milliarden Dollar für den Bau der Mauer an der Grenze zu Mexiko – LafargeHolcim geht dabei leer aus, da sie in den USA keine Werke in Grenznähe hat. Trump beginnt mit der Ausweisung von Millionen nicht registrierter Immigranten. Das Niedriglohnsegment der US-Wirtschaft bricht daraufhin grösstenteils zusammen: Häuser bleiben ungeputzt, Vorgärten ungepflegt, Kinder unbetreut, Burgerbratereien und Tankstellenbetreiber melden Konkurs an. Durch die Abschaffung des Visa-

Dollar steckt er in die Sanierung von Strassen, Brücken, Schulen, Flughäfen, Krankenhäusern, um die Wirtschaft anzukurbeln. Was er nicht bedacht hat: Den Baufirmen fehlt das Personal, zwei Drittel haben Schwierigkeiten, qualifizierte Mitarbeiter zu finden. Dem US-Statistikamt zufolge gab es im September in der US-Bauindustrie 221 000 vakante Stellen. Und wegen der zahlreichen Einsparungen dauert es Jahre, bis die Staaten und Kommunen die nötigen Baugenehmigungen erteilt haben. Nach vier Jahren hat sich in den USA kaum etwas verändert, entsprechend gering fällt auch der Einfluss aus auf die Weltwirtschaft und die Exportnation Schweiz. Die enttäuschten Wähler äussern ihre Unzufriedenheit. Trump verliert die Lust und tritt 2020 nicht zur Wiederwahl an. In seiner Demissionsrede nennt er dafür gesundheitliche Gründe.

Wahrscheinlichkeit: 50%

programms für Spezialisten fehlen Zehntausende hoch qualifizierter Programmierer, Wissenschaftler, Vordenker. Das Silicon Valley und die Biotech-Cluster in Kalifornien und rund um Boston verlieren ihre Vormachtstellung. Der krude wirtschaftspolitische Massnahmenmix mündet schliesslich in einer Stagflation: steigende Preise, kombiniert mit wirtschaftlicher Stagnation. «Trumpismus wird schlimme Konsequenzen haben, aber es wird etwas dauern, bis sie sich manifestieren», erwartet Nobelpreisträger Paul Krugman. Er sieht noch eine andere Gefahr: «Sie können darauf wetten, dass die Nationalbank ihre Unabhängigkeit verlieren und von Spinnern tyrannisiert werden wird», sagt er. Die Folge: Der Dollar fällt als Weltreservewährung aus, Gold und der Franken explodieren. Noch dramatischer könnten die Folgen ausfallen, sollte sich Trump zu militärischen Abenteuern hinreissen lassen oder wenn sein unversöhnlicher Kurs das Land auf eine innere Zerreihsprobe stellen würde, die in Unruhen mündet.

Die Folgen tragen in jedem Fall die einfachen Arbeiter: Jene Wähler, die Trump ins Oval Office gehievt haben, jagen ihn im November 2020 aus dem Weissen Haus.

Wahrscheinlichkeit: 35%

3. Das Best-Case-Szenario

Vielleicht hat Marcel Dobler, FDP-Nationalrat und Mitgründer von Digitec, recht, wenn er sagt: «Trump wird besser agieren, als man es ihm heute zutraut – pragmatischer und wirtschaftsfreundlicher.» Die Wahl hat er gewonnen, nun will er einen guten Platz in den Geschichtsbüchern. Dazu muss er die Nation aufbauen, nicht von innen zerstören.

Trump setzt also sein Wahlkampfversprechen um und senkt die Unternehmenssteuern von 35 auf 15 Prozent (in Zürich betragen sie 21 Prozent). Zum einmaligen Vorzugssteuersatz von zehn Prozent bringen Apple und Co. den Grossteil ihrer Auslandsguthaben von 1,2 Billionen Dollar zurück ins Land. Das spült rund 100 Milliarden in die Staatskasse – und die US-Konzerne haben mehr Geld für Übernahmen. Für Novartis und Roche etwa wird es schwieriger, beim Bieterwettkampf um aussichtsreiche Biotech-Unternehmen mitzuhalten.

Zwar profitiert von Trumps Steuerprogramm in Höhe von 450 Milliarden Dollar das reichste Prozent der Haushalte am meisten. Doch Millionen neue Mittelschichtjobs entstehen durch das Investitionsprogramm für die Infrastruktur (was LafargeHolcim lukrative Aufträge bringt). Die Volkswirtschaft profitiert von stabileren Stromnetzen, besseren Strassen, neuen Eisen- und U-Bahn-Linien. Finanziert wird das Ganze durch Deficit Spending: Der Schuldenberg steigt von 20 000 auf 27 000 Milliarden Dollar. Das Paket kurbelt die US-Wirtschaft an, Nachfrage und Konsum steigen. Trumps Wahlkampfrechnung, das Wirtschaftswachstum von zwei auf vier Prozent zu verdoppeln, geht auf: Für jedes zusätzliche Prozent Wachstum entstehen pro Jahr 1,2 Millionen Jobs, in seiner ersten Amtszeit also knapp zehn Millionen neue Stellen. Auch die Inflation steigt. In Erwartung dessen sind die Renditen der zehnjährigen US-Anleihen bereits wieder über zwei Prozent geklettert. «Damit belebt sich das Zinsdifferenzgeschäft, wovon auch Schweizer Banken profitieren», sagt CS-Analystin Christine Schmid.

Trump massigt sich in Sachen Freihandel: Es kommen keine neuen Verträge dazu, aber die alten bleiben bestehen; Schutzzölle sind kein Thema. Damit treten die USA weiterhin als grosser Nachfrager auf dem Weltmarkt auf. Die gesamte Schweizer Exportwirtschaft profitiert davon, besonders die Logistiker wie Panalpina oder Kühne + Nagel.

Wahrscheinlichkeit: 15%

Auch die geplante Übernahme von Syngenta durch ChemChina könnte wieder in den Fokus rücken.

► erkrankungen ablehnen dürfe. Das passt zu seinem Image als Vorkämpfer für den Mittelstand. Wie er damit aber den Prämienanstieg bremsen will, ohne eine allgemeine Versicherungspflicht einzuführen, die von den Republikanern stets als «Sozialismus» beschimpft worden ist, bleibt sein Geheimnis.

Fragt man Roche und Novartis danach, welche Folgen die Einführung von Obamacare für den US-Absatz gehabt hat, erntet man nur Schulterzucken. Sollten im Zuge der Reform nun viele Menschen aus der US-Versicherung wieder herausfallen, dürften weniger Medikamente durch die Krankenversicherung verkauft werden. Andererseits würden viele Betroffenen die nötigen Medikamente wohl aus eigener Tasche zahlen. So oder so: Das Thema Medikamentenpreise wird auch bei der Regierung Trump auf der Tagesordnung bleiben. Derzeit wenden die USA 17,5 Prozent ihres Bruttoinlandprodukts für Gesundheitsausgaben auf – ein Rekordwert. Zweistellige Preissteigerungen wie in der Vergangenheit werden daher in den USA der Vergangenheit angehören.

Auch die geplante Übernahme von Syngenta durch ChemChina könnte wieder in den Fokus rücken. Manche Beobachter fürchten, dass Trump in seiner Auseinandersetzung mit China die erteilte Fusionsgenehmigung widerrufen könnte, erzielt doch Syngenta rund 25 Prozent des Umsatzes in den USA. Ben Rölfe vom Broker Tavira ist weniger pessimistisch; schliesslich werde Trump erst im Januar vereidigt, danach werde es noch Monate dauern, bis alle 4000 Regierungsjobs besetzt seien. Da dürfte der Deal längst abgeschlossen sein.

Den Kursen von UBS und CS gibt vor allem die Aussicht auf eine Lockerung der Bankenregulierung Schub. Doch ►



Jared Kushner Fleissiger Schwiegersohn mit Dealmaker-Erfahrung.



Mike Pence Evangelikaler Hardliner mit Republikaner-Stallgeruch.



Stephen Bannon Völkischer Strategiechef mit Internetdienst.



Dan DiMico Pensionierter Stahlunternehmer mit grosser China-Phobie.



Peter Thiel Silicon-Valley-Gründer mit libertär-revolutionären Utopien.



Steven Mnuchin Ex-Goldman-Sachs-Banker mit Erfahrung im Filmgeschäft.



Anthony Scaramucci Hedge-Fund-Manager mit WEF-Erfahrung.



David Malpass Ex-Bear-Stearns-Ökonom mit Regierungserfahrung.



Walid Phares Anti-Terrorismusexperte mit Bürgerkriegspraxis.



Peter Navarro Ökonom mit Erfolgen im Genre der Selbsthilfeliteratur.

Die neuen Strippenzieher

Trumps Schwiegersohn sucht mit stramm rechten Weggefährten die neue Führungsriege der Regierung aus. Wieder einmal dabei: Lobbyisten und Goldman-Sachs-Boys.

«Donald Trump ist eine absolute Wildcard», sagen die Lobbyisten von der Washingtoner S3 Group. «Unerfahrene Leute wie Mr. Trump haben keine andere Wahl, als Fehler im Amt zu machen», sagt der Lobbyist Jeffrey Birnbaum vom Beratungskonzern BGR in Washington, «aber Trump hat sich entschieden, diese Dinge auf die harte Tour zu lernen.» Und weil dies so ist, suchen Weltkonzerne derzeit händeringend jemanden, der jemanden kennt aus dem neuen Übergangsteam des designierten Präsidenten.

Zuerst die Kernfamilie. Es scheint so, dass dabei jüngere Familienmitglieder eine wichtige Rolle spielen wie Tochter Ivanka Trump und ihr Ehemann Jared Kushner, ein 35-jähriger Immobilienmagnat. Kushner ist sehr früh ins Familienunternehmen eingestiegen, als sein Vater ins Gefängnis musste. Und wie der junge Trump wagte er sich schon früh an grosse Deals. Mit gerade 26 Jahren orchestrierte er den Kauf eines Wolkenkratzers an der Fifth Avenue in Manhattan für 1,8 Milliarden Dollar. Seine politischen Ziele? Niemand weiss etwas Klares, aber

Kushner war Trumps Begleiter beim ersten Besuch im Weissen Haus.

An der Spitze des Teams stehen neben dem designierten Vizepräsidenten Mike Pence Jungpolitiker Reince Priebus, der Stabschef im Weissen Haus wird, und der Präsident des Internetdienstes Breitbart News, Stephen Bannon, der Strategiechef wird. Mit Verschwörungstheorien und völkischer Propaganda war er Kampagnenmeister der Tea-Party-Bewegung, und er finanzierte Kriminalrechercheure für Enthüllungsgeschichten über die Clintons, mit denen sie Mainstream-Medien infiltrierten. Breitbart News will jetzt in Europa expandieren, um nationalistische Bewegungen zu unterstützen. Marion Maréchal-Le Pen, Tochter von Marine, hat bereits einer Kooperation mit Bannon zugesagt.

Dann die Scharfmacher. Ex-Speaker Newt Gingrich gilt neben Ex-Staatsanwalt Rudolph Giuliani und Ex-Botschafter John Bolton als Kandidat für das Aussenamt. Gingrich will eine Kolonie auf dem Mond gründen, auf der Erde wäre der Scharfmacher – wie die anderen

Bewerber – für die internationale Diplomatie eine schwere Herausforderung.

Und die Banker. Für die künftige Wirtschaftspolitik wurde Ökonom Peter Navarro, ein talentierter Selbstvermarkter, berufen. Er hat Selbsthilfeliteratur und ein Angst-Buch über die Chinesen geschrieben. Nennenswerte Forschungsschriften sind von ihm nicht bekannt. Für Handelsfragen wird im Transition Team Dan DiMico zuständig sein. Als Metallurge hat er sich bis zum VR-Präsidenten des Stahlkonzerns Nucor emporgearbeitet. Er hat kein anderes Unternehmen gesehen, aber heute als Pensionär eine feste Meinung über den «Mythos» des Freihandels. Sein Unternehmen finanzierte Kampagnen für Klimawandel-Leugner. In Europa will er England gegenüber der EU mit einem Handelsvertrag bevorzugen – weil die Briten «gleich gesinnt» sind. Als künftiger Handelsminister wird auch über Lew Eisenberg spekuliert. Er zählt zur Riege der Ex-Goldman-Sachs-Banker, die wieder einmal durch die Drehtüre ins politische Machtzentrum vordrin-

gen. So vertreten auch der Ex-Goldman-Sachs-Banker Steven Mnuchin und Hedge-Fund-Manager Anthony Scaramucci den alten Geist der Wall Street im Trump-Team – entgegen all seinen demagogischen Tiraden gegen die Banken. Mnuchin wird als künftiger Finanzminister gehandelt, aber auch der frühere Bear-Stearns-Ökonom David Malpass, der immerhin Regierungserfahrung hat. Malpass macht in Finanzblättern mit faktenfreien Essays zur Geldpolitik von sich reden. Seine Expertise war auch für die Investmentbank Bear Stearns wenig hilfreich. Das Traditionsinstitut musste 2008 zwangsweise verkauft werden, um es vor der Pleite zu retten. Als Berater nannte Trump auch Hedge-Fund-Manager John Paulson, der sich regelmässig in Zürich sehen lässt. Paulson hatte 2007 gegen Banken gewettet und damit Milliarden gemacht, später aber viel mit Goldinvestments verloren. Zu diesem Kreis zählt auch Milliardär Andy Beal, der lange Zeit professionell Poker spielte.

Aus dem Silicon Valley sticht einzig Peter Thiel hervor, ein verschrobener Antidemokrat: «Wählen macht die Dinge nicht besser.» Er hat einst PayPal gegründet und ist Gründer von Palantir, einem von der CIA geförderten Unternehmen für Überwachungssoftware, das ein Joint Venture mit der Credit Suisse betreibt. Thiel ist Fan der libertären, von Tea-Party-Anhängern kultisch verehrten Vordenkerin Ayn Rand.

Ein Schweizer Kontakt. Für die nationale Sicherheit, die Geheimdienste und die innere Sicherheit werden unter anderem der pensionierte General und Militärgeheimdienstler Michael T. Flynn sowie der junge Republikaner Duncan Hunter Jr. genannt.

Anti-Terror-Berater Walid Phares, der nun von Bundesbern kontaktiert wurde, hat Kriegserfahrung: In den Achtzigern war er in Libanon als ideologischer Einpeitscher bei den rechts-extremen Milizen der christlichen Maroniten aktiv, die wegen Kriegsverbrechen beschuldigt wurden. Es bleibt dennoch unklar, welche Rolle Phares spielen wird und wie gut Trump ihn kennt. In einer Fox-News-Sendung korrigierte Trump nicht, als ihm mehrfach vorgehalten wurde, dass er den «Muslim» Phares als Berater beschäftige. Wusste er nicht, dass jener ein Christ ist?

Trump versprach im Wahlkampf, den Lobbyisten-Sumpf trocken zu legen. Hier sind sie, die Lobbyisten: Myron Ebell, Michael Catanzaro, Michael Torrey, Eric Ueland, William Palatucci, Rick Hohlt, Rich Bagger, Mike Ferguson und Martin Whitmer. Sie suchen in Trumps Auftrag nun Leader für wichtige Wirtschaftsdossiers. **LM**

«Es wird sicher keine Schutzzölle gegen die Schweiz geben», sagt Martin Naville, Chef der AmCham.

► das könnte auch nach hinten losgehen. «Wir machen uns ernsthaft Sorgen, dass die USA aus dem Prozess der multilateralen Regulierung aussteigen werden», meint ein hochrangiger Experte eines internationalen Regulierungsorgans. In dem Fall könnten Schweizer Banken sogar Wettbewerbsnachteile entstehen. Denn nach seiner Wahl bekräftigte Trump, das zentrale Regulierungsgesetz Dodd-Frank Act zu lockern. Das 2000 Seiten starke Gesetzeswerk war die Reaktion der USA auf die Finanzkrise. Es zielt darauf ab, dass nie mehr eine Bank vom Staat aufgefangen werden muss. Unter anderem verbietet das Gesetz, dass Banken auf eigenes Risiko spekulieren dürfen, und führt mehrere neue Überwachungsbehörden mit grosser Macht ein, wie den Financial Stability Oversight Council. Dieser legt zum Beispiel fest, welche Banken und Versicherer als systemrelevant gelten und besonders hart reguliert werden. Die Empfehlungen dazu stammen vom Finanzstabilitätsrat (FSB) aus Basel. Die Sorge: Trump könnte die Empfehlungen des FSB in den Wind schlagen. So würde der Wettbewerb im globalen Bankgeschäft verzerrt, ganz nach Trumps Geschmack: America first. Günther Dobrauz, Regulierungsexperte bei PwC, ist skeptisch, ob Trump überhaupt die globa-

len Finanzinstitute entlasten will: Vor allem wolle er die kleinen Regionalbanken der USA stärken. Aus einer Liberalisierung daher auf Vorteile für schweizerische Banken zu schliessen, «erscheint zu einfach», meint er.

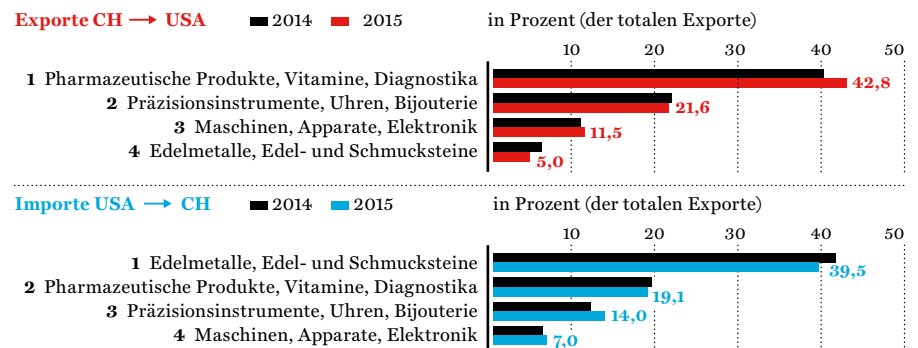
Hardliner als Nachfolger

Und dann gibt es ja noch offene Rechnungen: Noch immer werden im Justizministerium gegen etliche Banken wie die ZKB Steuerstraftuntersuchungen geführt. Wie es damit weitergeht, hängt davon ab, wer Justizministerin Loretta Lynch beerbt. Vieles deutet auf einen Hardliner als Nachfolger hin.

So wenig man über Trumps konkrete Pläne weiss, eines ist klar: Die Wahl markiert das Ende der Ära von Liberalisierung und Freihandel, eingeleitet 1981 unter Ronald Reagan. Doch von den protektionistischen Massnahmen, die Trump angekündigt hat, dürften Schweizer Firmen nicht direkt betroffen sein. Die Drohung, Schutzzölle einzuführen, richtet sich hauptsächlich gegen Niedriglohnländer wie China und Mexiko. «Es wird sicher keine Schutzzölle gegen die Schweiz geben», sagt Martin Naville. «Die Schweiz gehört für die Amerikaner zu den «Guten». Eine halbe Million Jobs hätten Schweizer Firmen in den USA geschaf-

Reger Güterverkehr

Anteile der wichtigsten Handelsprodukte zwischen der Schweiz und den USA.





WELTHANDEL

Sollte Trump die Einfuhrzölle erhöhen und so einen Handelskrieg auslösen, würde darunter die gesamte Schweizer Exportindustrie leiden, am meisten Logistiker wie Kühne + Nagel.

ANZEIGE



Hyacinthe Rigaud, Detail aus
"Portrait des Fürsten Joseph Wenzel I. von Liechtenstein", 1740
© LIECHTENSTEIN, The Princely Collections, Vaduz-Vienna

Zeit für intelligente
Anlagestrategien.



Wenn Sie mit Ihren Anlagen agil auf den Markt eingehen wollen. Nehmen Sie sich
Zeit für eine umfassende Beratung: LGT Bank (Schweiz) AG, Telefon 044 250 81 81

LGT. Ihr Partner für Generationen. In Basel, Bern, Genf, Lugano, Zürich und
an mehr als 15 weiteren Standorten weltweit. www.lgt.ch



Private
Banking

► fen, weitere 1,7 Millionen indirekt. «Langfristig aber steigt der Druck, mehr in den USA zu investieren», sagt Naville. Dass OC Oerlikon zwei Tage nach der Wahl ankündigte, in Michigan ein Werk zu bauen (Anfangsinvestition: 50 Millionen Dollar), war gutes Timing.

Betroffen sind primär die US-Konzerne selber. Ford werde er innerhalb von 48 Stunden nach Amtsantritt dazu zwingen, die Fabriken in die USA zu verlagern, hatte Trump versprochen. Selbst wenn er das tun würde (was unwahrscheinlich ist) und selbst wenn Ford sich dem beugen würde (was noch unwahrscheinlicher ist): Für die Schweizer Industrie hätte solche Machtpolitik kaum Auswirkungen. Ob Ford ABB-Roboter in ihrem neuen Werk in Mexiko verbaut oder in ihrem neuen Werk in Detroit, dürfte für ABB keinen Unterschied machen. «Wir sind in beiden Ländern gut aufgestellt», sagt Greg Scheu, Amerika-Chef von ABB. Und ABB produziert kaum etwas in Mexiko, um es von dort in die USA einzuführen.

Eine Chance könnte Trump für die Schweizer IT-Branche sein. Im Wahl-

Indirekt drohen massive Auswirkungen auf die Schweizer Volkswirtschaft.

kampf hat er angekündigt, dass die nationale Sicherheit für ihn wichtiger sei als Datenschutz. Faiz Tandon, Gründer von Safe Host, geht deshalb davon aus, dass US-Unternehmen ihre Daten vermehrt in der Schweiz hosten lassen werden. Für das KMU mit Sitz in Plan-les-Ouates bei Genf zählen die Amerikaner bereits heute zu den wichtigsten Kunden: «Wir können nur von Trumps Entscheidungen und der damit einhergehenden Unsicherheit profitieren», sagt Tandon. Die Genfer Proton-Mail, die verschlüsselte E-Mail-Dienste anbietet, meldet bereits eine Verdoppelung des Kundenwachstums nach der

Wahl. Auch andere KMUs geben sich gelassen: 98 Prozent glauben trotz Trump, dass sie in fünf Jahren mehr oder gleich viel in die USA exportieren werden.

Dass US-Firmen ihre Schweiz-Präsenz aufgeben zugunsten des Heimatlandes, ist ebenso unwahrscheinlich: Die Schweiz ist einer der weltweit teuersten Standorte. US-Firmen investieren hier nicht, um Kosten zu sparen, sondern um grössere Wertschöpfung zu kreieren und damit mehr Jobs auch in den USA.

Also Business as usual für die Schweizer Wirtschaft unter einem Präsidenten Trump? Alles nur ein Sturm im Wasserglas? Leider nein. Es drohen tatsächlich massive Auswirkungen auf die Schweizer Volkswirtschaft, und zwar indirekt. Denn der neue Präsident Trump verfügt über erheblichen Handlungsspielraum. «Das US-Recht erlaubt es ihm, viele seiner Wahlversprechen umzusetzen, ohne dass er auf den Kongress angewiesen wäre, wie etwa bei der Einführung von Schutzzöllen», erklärt Prof. Michael Hahn, Direktor des Instituts für Europa- und Wirtschaftsvölkerrecht IEW der Universität Bern. ►

Foto: Bloomberg

ANZEIGE

Ist die Büroarbeit dazwischengekommen?

Mit SmartBusiness erledigen Sie Ihre Offerten und Rechnungen auf Knopfdruck. Ganz einfach.

Jetzt gratis testen: smartbusiness.postfinance.ch



PostFinance 
Besser begleitet.

«Alles zu schnell geworden»

BMW-Chef Harald Krüger über Strategien in Zeiten der Unsicherheit und möglicher Unruhen in den USA.

Herr Krüger, was ist Ihnen als Erstes durch den Kopf gegangen, nachdem Donald Trump zum neuen Präsidenten der USA gewählt worden war?

Ich habe gedacht, erst einmal abwarten, wie die Wirtschafts- und Aussenpolitik am Ende wirklich aussehen wird. Nach allem, was man hört, steht Trump für mehr Protektionismus. Gerade die Autobranche aber braucht freien Welthandel, um erfolgreich zu sein. In Spartanburg in den USA steht das grösste BMW-Werk weltweit, insgesamt arbeiten direkt und indirekt 70 000 Leute in Amerika für uns. Wir sind der grösste Exporteur von Automobilen aus den USA. Es hilft uns, dass wir dort auch als US-Firma wahrgenommen werden.

Haben Sie den Sieg Trumps so erwartet?

Mein Bauchgefühl hatte mir schon vorher einen Tipp gegeben, so war es übrigens auch beim Brexit. Das soll jetzt gar nicht schlau klingen, aber es ist so: In den vergangenen Jahren sind viele Dinge passiert, die man nicht erwartet hatte. Man gewöhnt sich daran. Das vermeintlich Unmögliche wird immer häufiger möglich.

Verliert Europa jetzt an Bedeutung?

Es ist ein starkes Europa nötig. Wir können uns keine nationalstaatlichen Wege innerhalb Europas leisten. Stattdessen müssen wir die Krisen zum Anlass nehmen, uns zu verändern und

zu stärken. Dazu gehört, dass wir schnell klären, wie wir nach dem Brexit mit Grossbritannien Handel treiben wollen.

In Grossbritannien bauen Sie den Mini und den Rolls-Royce. Mit welchen langfristigen Strategien schützen Sie sich vor solchen Ereignissen?

Statische Strategien über fünf Jahre hinweg sind heute nicht mehr möglich. Dafür ist alles zu schnell geworden. Für Fälle wie jetzt in Grossbritannien oder in den USA gibt es nur einen langfristigen Schutz: Produktion vor



**ARBEITGEBER
IN DEN USA**

BMW-Chef
Harald
Krüger
beschäftigt
im Trump-
Land 70 000
Leute.

Ort sowie eine global ausgewogene Absatzverteilung. Deshalb haben wir auch Werke in China und in einem Dutzend weiterer Länder rund um die Welt.

Wenn es dann aber in einem Land zu sozialen Unruhen kommt, sind Sie dem ausgeliefert. Haben Sie Angst, dass das in den USA nun passiert?

Trump hat die Aufgabe, die Gräben zu überwinden. Ich glaube, dass er das erkannt hat. Soziale Spannungen und gewalttätige Auseinandersetzungen tun keinem Land gut.

Caspar Busse, Thomas Fromm / «SZ»

«Das US-Recht würde Trump nicht hindern, mit China einen Handelskrieg zu beginnen.»

► Zwar sei die Rechtslage mit Blick auf die Zukunft von Handelsverträgen nicht eindeutig. «Meiner Meinung nach wäre eine nicht vom Kongress autorisierte Kündigung eines Abkommens wie Nafta durch Präsident Trump nach US-Recht keineswegs offensichtlich rechtswidrig», so der Experte. Eine gerichtliche Klärung der Frage dürfte Jahre dauern; inzwischen könnte Trump mit einer Kündigung längst Fakten geschaffen haben.

Rechtlich eindeutig sei die Lage mit Blick auf Strafzölle: «Das US-Recht würde Trump wohl nicht hindern, mit China einen Handelskrieg vom Zaun zu brechen», warnt Hahn. Auch die Abschiebung illegaler Auswanderer darf Trump anordnen. Und selbst in der Finanzregulierung habe er über Ausführungsbestimmungen und die Besetzung von Spitzenämtern erheblichen Einfluss.

«Trump Slump»

Was also passiert mit der amerikanischen, der globalen, der Schweizer Wirtschaft unter Präsident Trump? Drei Szenarien (siehe Seite 32) decken das Spektrum ab. Im schlimmsten Fall macht Trump seine Wahlkampfversprechen wahr. Die Folge wäre eine weltweite Rezession, «Trump Slump» genannt, der sich auch die Schweiz nicht entziehen könnte. Im moderaten Szenario kann und will er nicht viel bewegen, weil ihm das Parlament Grenzen setzt und ihn seine Berater zur Vernunft bringen. Und im besten Fall kann Trump tatsächlich die Ökonomie der Vereinigten Staaten anfeuern und damit die Weltwirtschaft.

Keines dieser drei Szenarien wird in Reinkultur eintreten. Am wahrscheinlichsten dürfte eine Mischung aus Worst und Moderate Case sein. Es wäre schlimm genug. Erste Hinweise, wohin es geht, dürfte es Mitte Dezember geben. Bis dahin sollte bekannt sein, mit wem Trump die Schlüsselpositionen seiner ►

Text: Copyright «Süddeutsche Zeitung», das Interview wurde stark gekürzt. Das vollständige Interview ist zu finden unter: <http://sz.de/1.3247226>; Foto: Imago

Brilliance Meets
BASELWORLD

Einzigartig, trendsetzend und weltweit wegweisend: Die Show der Superlative für die gesamte Uhren- und Schmuckbranche. Hier kommen die Key Player aus aller Welt zusammen, um ihre neuesten Kreationen und Innovationen zu präsentieren. Seien Sie vor Ort dabei – und erleben Sie hautnah Präzision, Perfektion und pure Leidenschaft.

23. – 30. MÄRZ 2017

Börsen wechseln ins Trump-Lager

Die Börsen ignorieren die Unsicherheit und preisen steigende Gewinne in die Aktienkurse ein. Auf den Obligationenmärkten purzeln die Kurse.

Die Marktbeobachter hatten nicht nur das Ergebnis der US-Wahl falsch vorausgesagt, sondern auch die Reaktion der Aktienmärkte. Nach einer kurzen Orientierungsphase schoss der Dow Jones Index auf ein neues Rekordhoch. Die Woche endete mit dem grössten Kurszuwachs seit fünf Jahren. Prognostiziert hatten die Chefanleger dieser Welt bei einem Wahlsieg Trumps Unsicherheit und Chaos und damit fallende Kurse. Doch wurden sich die Marktteilnehmer offenbar in weniger Stunden bewusst, dass mit einem populistischen Milliardär und einem republikanisch dominierten Kongress jede Menge Geld zu machen ist. Hedge-Fund-Manager wie Carl Icahn verliessen vorzeitig die Wahlparty, um ihre Wetten zu platzieren. Positiv auf die Gewinne und damit Kurse sollen sich vor allem niedrigere Steuern, höhere Ausgaben und eine geringere Regulierung auswirken.

Geparkte Milliarden. Derzeit bezahlen Unternehmen in den USA 35 Prozent Steuern, die Abgaben für den Bundesstaat und die Gemeinde kommen noch dazu. Trump warb mit einer Kürzung auf 15 Prozent um Stimmen. An den Börsen waren und bleiben wohl vor allem Firmen mit besonders hohen Steuerquoten wie Kohl's oder AutoNation gefragt.

Geschätzte 2000 Milliarden Dollar haben US-Firmen wie Visa, Apple oder Nike im Ausland geparkt. Kurstreibend könnte sich die Repatriierung dieser Gelder zu niedrigeren Steuersätzen auswirken. Überschüssige Barbestände werden von US-Konzernen bevorzugt in Aktienrückkäufe investiert. Auch steigende Dividenden und eine Belebung der Übernahmen wären

denkbare Folgen. Die Hoffnung auf das im Wahlkampf versprochene 500 Milliarden Dollar grosse Infrastrukturprogramm treibt die Kurse der potenziellen Profiteure, wie etwa Caterpillar, vor sich her. Von der Aussicht auf geringere Finanzregulierung profitieren die Banken. Die Aktien von Goldman Sachs und J.P. Morgan avancierten in den ersten sechs Tagen im Dow Jones Index zu den grössten Gewinnern. Auch Hersteller von Sicherheitssystemen und Waffen sind gefragt.

Von der Abschottungspolitik einer Trump-Regierung profitiert die Old Economy. Wird Stahl aus China mit Strafzöllen belegt, haben auch die US-Stahlkonzerne wie US Steel wieder eine Chance. Gleichzeitig ziehen sich Anleger aus der von Obama stark geförderten New Economy, wie Amazon, Apple, Facebook oder Google, zurück. Trump wetterte schon im Wahlkampf gegen Amazon-Chef Jeff Bezos und seine «Washington Post». Wie bei Amazon steht auch bei den anderen IT-Giganten die Angst vor einer Zerschlagung im Raum.

Anders als an den Aktienbörsen gehen die Kurse der Obligationen zurück. US-Bonds verzeichneten nach der Wahl die grössten Wochenverluste seit 2009. Hintergrund ist die Erwartung steigender Zinsen. Denn Stimulus-Programme würden nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Inflation in Schwung bringen.

Die Bewertungen sind sowohl an den US-Aktienbörsen als auch den Anleihenmärkten hoch. Trump wird auf den Finanzmärkten weiterhin für viel Wind sorgen. Überraschungen und Stürme werden wahrscheinlicher. Gerade unerfahrene Anleger können schnell untergehen. **EG**

In vier Jahren kann ein Trumpeltier viel Porzellan kaputt schlagen, daheim und auf der Welt.

► Regierung besetzt. Anfang Januar dürfte der Plan für die ersten 100 Tage stehen. Und am 20. Januar 2017 wird Trump ein Zeichen setzen mit dem ersten Dekret, das er unmittelbar nach dem Amtseid unterzeichnet. Bei Obama war es die Schliessung von Guantanamo Bay.

Grosses Disruptionspotenzial

Seiner versöhnlichen Acceptance Speech zum Trotz, in der er alles sagte, was von einem zukünftigen Präsidenten erwartet wird: Trump wird auch in Zukunft unberechenbar sein. Er kann jederzeit seine Meinung ändern, die Beherrschung verlieren, Dummheiten sagen oder begehen. Rassistisch, chauvinistisch, rachsüchtig, narzisstisch, dünnhäutig, instabil, unaufmerksam, unerfahren, unausgeglichen – die Liste von Trumps Charakterschwächen ist ähnlich lang wie die seiner Lügen. In vier Jahren kann ein Trumpeltier viel Porzellan kaputt schlagen, daheim und auf der Welt. «Er ist zweifelsohne der Präsident mit dem grössten Disruptionspotenzial der Geschichte», sagt Borel.

Dass sich der Präsidentschaftskandidat Trump kaum vom Präsidenten Trump unterscheiden wird, wurde kurz nach der Wahl deutlich, als er ankündigte, tatsächlich drei Millionen Migranten raschestmöglich abschieben zu wollen. Die Hoffnung, dass das Amt den Amtsinhaber formt, ist fehl am Platz: Mit 70 Jahren ist er auch der älteste Präsident, der je ins Oval Office gewählt wurde. «In so einem Alter ändert man sich nicht mehr», so Borel. Und James Downie, Kolumnist der «Washington Post», fragt: «Wenn Sie sich gerade auf den mächtigsten Stuhl der Welt vorgearbeitet hätten – würden Sie irgendetwas an sich ändern?»

Unter Präsident Trump ist nur eines sicher: die Unsicherheit. Sie wird bleiben bis zum letzten Tag seiner Regentschaft. ■